

deutschland festen Fuß zu fassen und die Spaltung Deutschlands durchzuführen. Zehn Jahre nach Kriegsende stellten die sozialdemokratischen Mitglieder enttäuscht fest, daß sie zwar große Opfer gebracht hatten, um die Folgen des Krieges zu beseitigen, daß aber die Wiedererrichtung und Stärkung des Monopolkapitals und die Wiederherstellung des alten imperialistischen Staatsapparates dabei herausgekommen ist.

Nach der Spaltung der Arbeiterschaft in Westdeutschland und nach der Schaffung einer sozialdemokratischen Splitterorganisation in Westberlin unterstützte die Schumacher-Führung die Spaltung Deutschlands durch die Bildung eines westdeutschen Separatstaates. Die Politik der sozialdemokratischen Führung richtete sich hauptsächlich gegen die Deutsche Demokratische Republik. Die SPD-Führung hatte die Illusion, es sei ihr möglich, durch Unterminierung der DDR mit Hilfe des Ostbüros, das mit den Spionagezentralen der imperialistischen Westmächte zusammenarbeitet, eine Lage herbeizuführen, die dann zu einem Umsturz, zu einem Putsch führt und es später der SPD ermöglicht, in Deutschland eine Stimmenmehrheit zu bekommen.

Der Deutschen Demokratischen Republik und der Bevölkerung hat diese Politik des Ostbüros keinen besonderen Schaden gebracht. Den Schaden hat die Arbeiterklasse Westdeutschlands. Denn die SPD-Führung unterstützte die militaristischen Kreise in Westdeutschland im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik. Das heißt, die SPD-Führung half, die Positionen der reaktionären Kräfte in Westdeutschland im Zeichen des Chauvinismus und Revanchismus zu verstärken.

Schon zur damaligen Zeit war die SPD-Führung, insbesondere ihr Ostbüro, offen zu einer konterrevolutionären Politik gegenüber der DDR übergegangen. Das kam zum Ausdruck in der Zusammenarbeit der rechten SPD-Führer mit den Vertretern des Monopolkapitals, der Adenauer-CDU und den Militaristen im sogenannten Forschungsrat, in dem ausgearbeitet wurde, wie nach einer Anexion der DDR die volkseigenen Betriebe wieder in die Hände der Monopole und der Grundbesitz in die Hände der Großagrarien übergehen sollten. Das heißt, die Politik der SPD hat sich besonders in der Zeit nach 1945 schrittweise zu der Position entwickelt, die dann auf dem Godesberger Parteitag programmatisch formuliert wurde und die jetzt in der Politik der Brandt-Mannschaft zum Ausdruck kommt. Diese ist tatsächlich auf die Position des deutschen Imperialismus übergegangen.

Um so notwendiger und wichtiger ist es, daß wir alles tun, um zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft in Westdeutschland zu kommen, um die Aktionsgemeinschaft herzustellen im Kampf um den Frieden, um ein Vertrauensverhältnis der Arbeiterschaft Westdeutschlands, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, zur DDR zu schaffen. Das ist eine riesige Aufgabe; denn nur, wenn es gelingt, Schritt für Schritt die Brandt-Mannschaft zu isolieren, ist es möglich, auf dem Wege des Kampfes um ein friedliches Deutschland vorwärts zu kommen.

Die Gewinnung der westdeutschen Arbeiterschaft für den Kampf um eine friedliche, demokratische Entwicklung in Westdeutschland wird durch die jahrelange Hochkonjunktur erschwert. Diese Hochkonjunktur hat bei einem Teil der Werktätigen eine gewisse politische Desinteressiertheit zur Folge, und der ideologische Druck des Staatsapparates, insbesondere des Verfassungsschutzes, hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Ohne Zweifel hat die Arbeiterschaft in Westdeutschland, vor allem durch den Kampf ihrer Gewerkschaften, die Lebenshaltung verbessert und unter Ausnutzung der Hochkonjunktur sowie des großen Beispiels der sozialen Errungenschaften der DDR der westdeutschen Bourgeoisie manche Konzessionen abgerungen. Aber was nützt letztlich die Verbesserung der Lebenshaltung, wenn diese dadurch in Gefahr gebracht wird, daß der alte